

# Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

## *1.1. Die Verkrustung bricht auf. Proteste, Aufstände, Revolten in der arabischen Welt (Muriel Asseburg)*

Über Jahrzehnte hinweg galten Nordafrika und der Nahe/Mittlere Osten als Konfliktregion, ihre Regime aber als überwiegend stabil und anpassungsfähig an sich wandelnde Rahmenbedingungen. Symbolisiert wurde diese Stabilität durch Herrscher, die seit 20, 30 oder gar 40 Jahren an der Macht waren. Um die Jahreswende 2010/2011 stießen Massendemonstrationen gegen die Regime einen Wandel an, der in Tunesien und Ägypten zu einem Sturz der Herrscher führte. Die Proteste verbinden soziale, ökonomische und politische Forderungen – Fortschritte in allen drei Bereichen werden als unumgänglich gesehen, um ein Leben in Würde zu ermöglichen. Die arabischen Regimeeliten rüsteten sich ihrerseits, um Proteste schnell einzuhegen oder brutal niederzuschlagen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen werden allerdings nicht ausreichen, um die Proteste dauerhaft zu beenden und die Regime in der jetzigen Form zu erhalten. Deshalb bereits das Ende der Autokratien vorauszusagen wäre jedoch verfrüht.

## *1.2. Revolutionen 2.0? – Zur Rolle der Medien beim politischen Wandel in der arabischen Welt 2011 (Carola Richter)*

Die Internetnutzung hat in der arabischen Welt in den letzten Jahren massiv zugenommen. Ein noch stärkeres Wachstum gab es im Mobilfunksektor. Gleichzeitig haben sich mit der Einführung von Blogs und sozialen Netzwerkdiensten die Anwendungsmöglichkeiten beider Medien vervielfältigt. Die neuen Medien spielten eine wesentliche Rolle bei den Umbrüchen in der arabischen Welt Anfang 2011. Das Internet ist aber nicht per se ein Katalysator von Revolutionen. Für Akteure, die das politische Regime herausfordern und auf gesellschaftlichen Wandel hinwirken wollen, ist es von wesentlicher Bedeutung, auch über die im informellen Bereich aktivierten Netzwerke hinaus Botschaften vermitteln zu können. Bei den Umbrüchen in Tunesien, Ägypten und Libyen zeigte sich, dass es hierfür einer Verschränkung von Internet-, Mobilfunk- und Massenmedien bedarf. Von großer Bedeutung erwies sich die Verstärkung der informellen Medien durch die pan-arabischen Satellitensender al-Jazeera und al-Arabiya.

## *1.3. Das Scheitern der EU-Mittelmeerpolitik (Ulrike Borchardt)*

Die revolutionären Umbrüche in Nordafrika kamen für die meisten Europäer überraschend und eine positive Reaktion der EU auf diese dem Fall des Eisernen Vorhangs vergleichbaren Ereignisse ließ auf sich warten. Stattdessen überwiegt Angst: vor unkontrollierbaren Veränderungen in der Mittelmeerregion, einem einschneidenden Machtverlust, radikalen Islamisten und einer Flüchtlingsflut. Europas Mittelmeerpolitik ist an ihren eigenen Widersprüchen gescheitert. Seine Programme strebten Reformen in den Partnerländern an, doch seine reale Politik war überwiegend an den eigenen Sicherheitsinteressen sowie reibungslosen Energieimporten orientiert und nahm hierfür die Zusammenarbeit mit autokratischen Regimen in Kauf. Das Ziel nachhaltiger Stabilität setzt langfristige und zuverlässige Unterstützung demokratischen Wandels voraus, die ohne eine grundlegende Korrektur der bisherigen EU-Mittelmeerpolitik nicht erreichbar ist.

### 2.1. „Vergesst es nie: Europa ist unser aller Zukunft – wir haben keine andere“ (Bruno Schoch)

Im vergangenen Sommer stand die Stabilität des Euro auf dem Spiel, als die Überschuldung Griechenlands ruchbar wurde. Das beschwor die Gefahr herauf, dass die Europäische Union zerfallen könnte. Die Regierung versäumte es, antieuropäischen Ressentiments und grassierender Renationalisierung entgegenzutreten. Das wäre aber erforderlich gewesen, um an der verlässlichen Kontinuität deutscher Europapolitik keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Mit der Kakophonie im Fall Libyen geriet Europa erst recht in eine Sackgasse. Die anhaltende Eurokrise zwang dann Berlin und Paris zu einem „Pakt für den Euro“, der europäische Solidarität im Tausch gegen Solidität verspricht. Er greift tief in die staatliche Souveränität ein, verstärkt aber den Mangel an demokratischer Legitimität. Die EU als Elitenprojekt scheint an ihre Grenze zu gestoßen, weshalb die politische Klasse, aber auch Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit und Forschung gehalten sind, dem Friedensprojekt Europa neue Impulse zu verleihen.

### 2.2. Von Überschuldung und Euro-Turbulenzen zur Krise der EU-Integration? (Heinz-Jürgen Axt)

Rund zehn Jahre galt der Euro als Erfolgsmodell europäischer Integration. Spätestens als der griechische Ministerpräsident Papandreou am 20. Oktober 2009 eingestand, dass sich sein Land weit über die im Euroraum zulässigen Grenzen verschuldet hatte, folgten schwerwiegende Turbulenzen. Die Zweifel am Euro berühren maßgeblich das europäische Projekt, durch eine sich vertiefende politische Integration Frieden und Wohlstand in einer Region nachhaltig zu sichern, die jahrhundertlang in Kriege verstrickt war. Bei einem Scheitern des Euro wäre zu befürchten, dass nationalistische Kräfte bis hin zu populistischen und extremistischen Tendenzen erstarken, die die europäische Einigung grundsätzlich in Frage stellen. Von einer ökonomischen und politischen Desintegration wären dabei nicht nur die EU-Staaten, sondern auch die Länder in der Nachbarschaft betroffen. Das europäische Integrationsprojekt wäre für sie nicht länger ein verlässlicher Anker für Stabilität und Wohlstand.

### 2.3 Zielkonflikt Einwanderung: Woran fehlt es dem European Dream? (Corinna Hauswedell und Sabine Mannitz)

Das Thema Einwanderung erlebt in Europa eine besorgniserregend populistische Zuspitzung. Obwohl Immigration und Integration in den EU-Staaten sehr unterschiedlich verlaufen und gestaltet werden, haben Stigmatisierung und Rassismus vielerorts dramatisch zugenommen. In Deutschland offenbarte die Sarrazin-Debatte, wie wenig kulturelle Diversität und Solidarität als Leitbild eines *European Dream* akzeptiert sind. Einst Gegenentwurf zur Assimilationsforderung, wird Integration heute mehr mit Anpassungserwartungen ausgefüllt als mit Angeboten zur Partizipation. Hier zeigt sich auch eine europäische Krise: Konsensfähig scheint vor allem die sicherheitspolitische Abschottung gegen unkontrollierte Immigration und Asylsuchende – siehe *Frontex*. Im globalen Wettbewerb um *brain gain* dominiert nationale Kirchturmspolitik und Kleingeisterei. Das fehlende Engagement für die Akzeptanz der Einwanderung und die Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Folgen ist friedenspolitisch problematisch.

#### *2.4. Zwischen Säkularisierung und religiösen Identitäten: der Islam als Herausforderung und Bereicherung für Europa (Verena Brenner)*

Im Zusammenhang mit der Einwanderung muslimischer Migranten und der damit einhergehenden religiösen Pluralität ergeben sich für das europäische Selbstverständnis und die historisch gewachsenen säkularen Staatsordnungen Europas zahlreiche Herausforderungen. Zentral dabei ist, inwiefern „der“ Islam mit den säkularen europäischen Staatsformen vereinbar ist. Der Umgang mit den diversen Auseinandersetzungen um den Bau von Moscheen europaweit illustriert die Konfliktlinien und damit verbundenen Verunsicherungen. Auf Seiten der „Mehrheitsgesellschaft“ dominieren Bedrohungswahrnehmungen. Der Bedeutungszuwachs fremdenfeindlicher und rechtspopulistischer Parteien macht deutlich, dass die EU-Staaten in Bezug auf Muslime an Grenzen der eigenen Toleranz stoßen. Gleichzeitig wünschen sich Muslime mit Migrationshintergrund mehr Anerkennung und selbstverständliche Integration. Der Beitrag zeigt diesbezügliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb Europas auf.

#### *2.5 Versorgungssicherheit um jeden Preis? Europas Rohstoffhunger zwischen Angst vor Knappheit und Notwendigkeit zur Kooperation (Christiane Fröhlich, Lena Guesnet und Marie Müller)*

Europa ist hochgradig abhängig von Rohstoffimporten. Die deutsche und europäische Rohstoffstrategie reagieren darauf. Die politische Unterstützung der Wirtschaft erstreckt sich dabei von Handels- über Entwicklungs- bis hin zur Verteidigungspolitik. Der kontinuierliche und möglichst uneingeschränkte Rohstoffzugang wird überdies zunehmend zum Sicherheitsproblem stilisiert. Der aggressive Tonfall in der Diskussion um die Beschränkung chinesischer Exporte von Seltenen Erden und der Wettlauf um Rohstoffmärkte in Afrika werfen jedoch die Frage auf, ob es nicht vielmehr die rücksichtslose Politik des freien Rohstoffzugangs ist, welche die globale menschliche Sicherheit gefährdet. So lässt die europäische Debatte außen vor, wie sich das eigene Vorgehen in den Rohstoff-Abbauländern auswirkt. Politik und Wirtschaft müssen die Rohstoffversorgung konfliktensibel und gemeinsam mit den Abbauländern gestalten.

#### *2.6. Die EU als weltpolitischer Spieler: zwischen Renationalisierungstendenzen und Supermachtphantasien (Matthias Dembinski, Harald Müller und Carsten Rauch)*

Die EU oder genauer das System „europäischer Staatenverbund“ ist dem Druck zweier in entgegengesetzte Richtung wirkender Zugkräfte ausgesetzt. Die eine Kraftachse weist zurück zu den vertrauten und geordneten Strukturen des Nationalstaats, die andere weist nach vorne: zur scheinbar leuchtenden Zukunft eines einheitlichen außen- und sicherheitspolitischen Akteurs EU, der als Supermacht auf die Weltbühne tritt. Beide Zugkräfte speisen sich aus der Ernüchterung und Enttäuschung über das „System Maastricht“, insbesondere aus drei Quellen: einem großen Machtpotenzial, dem verglichen damit geringen weltpolitischen Einfluss der EU sowie der scheinbaren Unübersichtlichkeit, geringen Effizienz und Reformresistenz ihrer institutionellen Strukturen. Wir gehen auf alle drei Quellen ein, zeigen aber, dass geringer Einfluss und Reformunfähigkeit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in erster Linie an der mangelnden Qualität des politischen Führungspersonals liegt.

## 2.7. *Weder globale Konkurrenz noch wirksame Friedenssicherung. Was kann die EU in Zentralasien erreichen? (Anna Kreikemeyer und Lena Kulipanova)*

Unter dem *Label* der Förderung von Stabilität und Sicherheit projiziert die Europäische Union als globaler Akteur ihre Friedensstrategie der Demokratisierung, wirtschaftlichen Entwicklung und multilateralen Kooperation unter anderem auf Zentralasien. Langfristig könnte sie damit Erfolg haben, gegenwärtig klafft aber eine tiefe Lücke zwischen ihrem Ansatz und den Sicherheitsproblemen der Region. Noch hängt die Stabilität in Zentralasien an autoritären Herrschern, die häufig in Nepotismus, Korruption und organisierte Kriminalität verstrickt sind und lieber mit Russland und China zusammenarbeiten. Wenn der Brüsseler Macht- und Friedenswille nicht an der europäischen Peripherie zerschellen soll, bedarf es eines geschärften friedenspolitischen Profils der EU. Sie sollte ihre Friedenspolitik vor Ort glaubwürdiger umsetzen, Russland hierbei einbinden und engagierter die OSZE stärken.

## 2.8 *Die Türkei und die EU: zwei Partner auf Abwegen? (Burak Çopur)*

Die Türkei versucht sich aktuell in der Weltpolitik zu profilieren. Ihre verstärkte internationale Wahrnehmung hat sie unter anderem auch dem durch die EU geförderten Demokratisierungsprozess zwischen 1999 und 2005 zu verdanken. Seit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen 2005 sind die Beziehungen zwischen Ankara und Brüssel aber in eine Krise geraten, mit der sich beide Seiten zu arrangieren scheinen. Während die EU in der Türkei-Frage zerstritten ist, versucht sich die Türkei als eigenständige Macht mit dem Konzept der „strategischen Tiefe“ in der Region des Mittleren Ostens zu positionieren. Dabei ist es friedenspolitisch nicht unerheblich, ob Ankara in Russland, China, Iran oder im arabischen Raum nach Verbündeten sucht. Eine erneute Europa-Fokussierung der türkischen Außenpolitik könnte durch eine eindeutige Mitgliedsperspektive aus Brüssel gelingen. Wenn allerdings die EU diese Aussicht nicht bieten will, wäre das auch eine verpasste Chance für das Friedensprojekt Europa.

## 2.9. *Quo vadis EU: Friedensmacht oder Militärmacht? (Hans-Georg Ehrhart)*

Die EU ist weltweit im Krisenmanagement engagiert. Ihrem Selbstverständnis zufolge agiert sie als Friedensmacht, ohne allerdings den Begriff zu präzisieren oder zu konzeptualisieren. Der EU-Vertrag benennt dessen normative Grundlagen: Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, aber auch Wahrung der grundlegenden Interessen sowie der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Union. In den letzten Jahren hat die EU Instrumente und Strukturen für das zivile und militärische Krisenmanagement geschaffen, die tendenziell einen holistischen friedenspolitischen Ansatz ermöglichen. Die Analyse der GSVP-Missionen zeigt allerdings, dass zwischen ihrem proklamierten Ansatz und seiner Realisierung eine Lücke klafft. Einerseits scheinen verschiedene Triebkräfte dazu beizutragen, dass sich die EU in Richtung einer Friedensmacht entwickelt, andererseits steht sie jedoch vor enormen Herausforderungen und ihre militärische Schwäche sowie politische Uneinigkeit, insbesondere in Gewaltkonflikten wie in Libyen, wird beklagt.

### 3.1. *Militärinterventionen und Stabilisierungseinsätze – eine kritische Zwischenbilanz (Tobias Debiel und Nils Goede)*

Die Fehlschläge in Somalia, Bosnien und Ruanda bewirkten Mitte der 1990er Jahre Skepsis gegenüber Intervention und militärischer Stabilisierung und deren vorübergehenden Rückgang. Doch bereits zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzte eine Welle von teilweise massiven Interventionen ein. Die Bilanz ist ernüchternd. Der völkerrechtswidrige Irak-Einsatz hat ein politisch fragmentiertes Land hinterlassen und in Afghanistan fordert die *Counterinsurgency*-Strategie eine hohe Zahl ziviler Opfer und drängt zivilgesellschaftliche Akteure an den Rand. Drei Viertel der 100.000 Blauhelme weltweit sind in UN-Stabilisierungsmaßnahmen eingesetzt. Doch passen die Konzepte oft nicht zu den lokalen Bedingungen, wie Sudan, die DR Kongo, Côte d'Ivoire und Haiti zeigen. Mangelnde Effektivität lässt sich zudem nur beheben, wenn westliche Staaten mit Personal und Logistik beitragen. Obwohl die Staatengemeinschaft eine Schutzverantwortung reklamiert, sind schwerste Menschenrechtsverletzungen nicht selten, Die Norm kann darüber hinaus für Ziele des *regime change* missbraucht werden, wie die Côte d'Ivoire und jüngst auch Libyen zeigen.

### 3.2. *Kriegs- oder Friedensperspektiven? Die Intervention in Afghanistan (Conrad Schetter und Janosch Prinz)*

Die Intervention in Afghanistan ist seit Winter 2009/2010 durch die *Counterinsurgency*-Strategie (COIN) der *International Security Assistance Force* (ISAF) geprägt. COIN – so das zentrale Argument dieses Beitrags – verfängt sich in zahlreichen Widersprüchen und projiziert unrealistische Vorstellungen bezüglich der afghanischen Gesellschaft. In den Strategieentwürfen der Interventen zur Zukunft Afghanistans bleiben zudem die vielschichtigen Erwartungen der afghanischen Bevölkerung und Eliten unterrepräsentiert; auch klammern die Entwürfe die regionale Dimension entgegen anders lautender Bekundungen weitgehend aus. Die Afghanistanpolitik der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen und die der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen wirft schließlich aufgrund des vorherrschenden Paradigmas von COIN die Frage auf, inwiefern es ihr überhaupt um Frieden in dem Land geht.

### 3.3 *Irak – Bilanz einer gescheiterten Militärintervention (Jochen Hippler)*

Der Irakkrieg hat den Westen gespalten wie kaum ein anderer Konflikt. Krieg und Sturz Saddam Husseins haben zu Bürgerkrieg und bewaffneten Aufständen gegen die als Besatzer wahrgenommenen fremden Truppen geführt. Das Land ist acht Jahre nach der Invasion politisch fragmentiert und in verschiedene Einflusszonen unterteilt. Anschläge destabilisieren die Situation und unterminieren die Sicherheit der Bevölkerung. Die USA haben grobe politische Fehler begangen: So sahen sie ethnische und religiöse Kategorien als ausschlaggebend für die „Repräsentativität“ politischer Kräfte an – und trugen damit zur Ethnisierung der irakischen Politik bei. Mit Blick auf den Ende 2011 vorgesehenen Abzug der US-Truppen wird klar: Die Militärintervention war ein anachronistisches, imperiales Abenteuer, das sich durch eine bemerkenswerte Planlosigkeit auszeichnete.

### 3.4 *Sudan: Interventionen light? (Elke Grawert)*

Die internationale Gemeinschaft ist seit 2005 mit zwei Friedensmissionen im Sudan involviert. UNMIS überwacht das 2005 zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A im Südsudan geschlossene Friedensabkommen. UNAMID soll seit 2007 den andauernden Gewaltkonflikt zwischen Regierung und bewaffneten Widerstandsgruppen in Darfur eindämmen. Zudem wurde 2009 vom internationalen Strafgerichtshof ein Haftbefehl gegen den amtierenden sudanesischen Präsident Omar el-Bashir ausgestellt, dem Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorgeworfen werden. Die Bilanz des Engagements ist ernüchternd. Die beiden Friedensmissionen haben ihre Hauptaufgabe, die Zivilbevölkerung zu schützen, weitgehend verfehlt. Der internationale Haftbefehl hat eher zu einer Stabilisierung des Präsidenten geführt. Auch wenn der Südsudan nach dem erfolgreichen Referendum im Januar 2011 in die Unabhängigkeit gehen wird, ist das Land insgesamt von einem konsolidierten Friedens weit entfernt.

### 3.5 *Intervention in der Côte d'Ivoire – a recipe for disaster (Andreas Mehler und Franzisca Zanker)*

Trotz des international anerkannten Wahlsiegs von Alassane Ouattara bei den Präsidentschaftswahlen in der Côte d'Ivoire im November 2010 weigerte sich sein Gegner Laurent Gbagbo abzutreten. Monatelang hatte das Land zwei Präsidenten. Vermittlungsversuche afrikanischer Politiker halfen nicht viel. Ouattara rief deshalb die ECOWAS zu einer militärischen Intervention auf. Der Beitrag beleuchtet deren mögliche Konsequenzen vor dem Hintergrund der Erfahrungen internationaler Interventionen in der Côte d'Ivoire, der innerivorischen Machtverhältnisse sowie der Größe der Aufgabe und kommt zu dem Ergebnis, dass eine gewaltsame Intervention wahrscheinlich zu einem Bürgerkrieg geführt hätte und das militärische Abenteuer in eine Intervention ohne Ende gemündet wäre. Auch die militärische „Lösung“ der Krise durch das Ouattara-Lager kam nicht ohne massive äußere Hilfe aus und es ist fraglich, ob Ouattara ohne militärischen Beistand Frankreichs in Abidjan regieren und Probleme wie die Regierungsbildung, die Aufarbeitung schwerer Verbrechen beider Bürgerkriegsparteien und die symbolische Emanzipation von Frankreich bewältigen kann.

### 3.6 *Haiti: die Grenzen externen Statebuildings (Julia Schünemann)*

Internationale Akteure haben sich in Haiti seit den 1990er Jahren massiv eingemischt. Nach zahlreichen Friedensmissionen, Sanktionen des UN-Sicherheitsrats und umfangreichen Hilfgeldern ist der haitianische Staat aber nach wie vor nicht funktionsfähig. Korruption durchdringt die Politik, die Eliten haben kein Interesse an Reformen. Die mangelhafte Wirksamkeit der Interventionen ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Die UN-Missionen waren kurzfristig angelegt und von externen Interessen dominiert; internationale Sanktionen verfehlten ihre Wirkung; die finanziellen Zuwendungen schwankten stark. Konzeptionell vernachlässigten externe Akteure, dass Haiti keine herkömmlichen Bürgerkriegsparteien kennt, sondern durch organisierte Kriminalität und transnationalen Drogenhandel geprägt ist. Das externe *Statebuilding* blieb auf Demokratieförderung durch Wahlen verkürzt. Nur wenn ein Ausgleich unter den politischen Kräften zustande kommt, dürfte das zuletzt von Erdbeben und Cholera geschundene Land eine Zukunftschance haben.

#### *4.1. Macht Militär Ordnung und Sicherheit? (Margret Johannsen)*

Rüstungsverhalten, Streitkräfteorientierung und Sicherheitskonzepte in der Staatenwelt zeigen, dass das realpolitische Paradigma militärisch unterfütterter Machtpolitik dominiert und ein Ordnungskonzept, das auf Interessenausgleich und Kooperation sowie gewaltfreie Konfliktlösung setzt, die sogenannte Realpolitik nur geringfügig zu moderieren vermag. Die Intervention in Libyen bestätigt diesen Befund. Sie erfolgte unter Berufung auf die nicht eingehaltene Schutzverantwortung der libyschen Regierung gegenüber ihrer Bevölkerung, basiert auf einer Resolution des UN-Sicherheitsrats und rechtfertigte einen weitreichenden Militäreinsatz. Das dehnbare Mandat ließ sich unter formeller Wahrung der völkerrechtlichen Legitimität des Militäreinsatzes für eine externe Agenda wie die Intervention auf Seiten der Aufständischen, deren Bewaffnung und Training sowie einen Regimewechsel nutzen.

#### *4.2 Das neue Strategische Konzept der NATO (Matthias Dembinski und Hans-Joachim Spanger)*

Das neue Strategische Konzept der NATO überbrückt die unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder nur formelhaft und bietet folglich wenig Orientierung. Antworten auf die Frage nach der zukünftigen nuklearen Rolle der Allianz bleibt es schuldig. Zudem sind einige seiner Kernaussagen friedenspolitisch problematisch: die hegemoniale Konnotation, mit der die NATO das Konzept der vernetzten Sicherheit präsentiert, die Deutung von Risiken der Energieversorgung und der IT-Netzwerke als militärische Bedrohungen sowie die stärkere Betonung der kollektiven Verteidigung. Untermauert die NATO ihr Beistandsversprechen für die neuen Mitgliedstaaten mit militärischen Maßnahmen, so birgt das die Gefahr einer neuerlichen Belastung im Verhältnis zu Moskau. Die neue Kooperationsrhetorik ist bisher ohne konkrete Kooperationsprojekte. Wenn Russland nicht in die geplante europäische Raketenabwehrarchitektur eingebunden wird, könnte dies einen abermaligen Bruch mit Russland auslösen.

#### *4.3. Bundeswehrreform – technokratische Optimierung im Raum unbegrenzter militärischer Möglichkeiten (Sabine Jaberg)*

Historisch soll die Bundeswehrreform sein. Dieses Urteil steht auf schwachen Füßen. Einzig die Aussetzung der Wehrpflicht ist bereits vollzogen. Zwar liegt mit dem Bericht der Strukturkommission ein Programmdokument für den Umbau der Streitkräfte vor. Die Mühen am Detail stehen aber noch aus, von der Umsetzung ganz zu schweigen. Ohne sicherheitspolitische Analyse, ohne Auswertung bisheriger Auslandseinsätze und ohne Reflexion über die Zulässigkeit gewaltsamer Maßnahmen bleiben die Reformanstrengungen bislang blind. Sie laufen auf eine technokratische Optimierung des militärischen Instruments hinaus – und zwar in jenem Raum, den Politik und Verfassungsgericht in den letzten Jahren nahezu entgrenzt haben. Aus friedenswissenschaftlicher Perspektive ist keine Kurskorrektur, sondern eine Kehrtwende in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefordert.

#### *4.4. Die maritime Aufrüstung der Schwellenländer: strategische und friedenspolitische Implikationen (Jan Grebe und Christoph Schwarz)*

Die Staaten Brasilien, Indien, China und Südafrika agieren derzeit auf den Weltmeeren in einer neuen Rolle. Umfangreiche maritime Aufrüstungs- und Modernisierungsprogramme sollen dem Schutz wirtschaftlicher Interessen, der Stärkung der eigenen Position im internationalen System sowie dem Zugewinn an internationalem Prestige dienen. Auch Rüstungsexporte aus EU- und NATO-Staaten tragen zu diesem Trend bei. Während globale Herausforderungen wie Piraterie einerseits internationale Kooperation ermöglichen und erfordern, bergen die Aufrüstungskurse der Staaten andererseits friedenspolitische Risiken: Neue Rüstungswettläufe entwickeln eigene Dynamiken und erhöhen z.B. die Gefahr von bewaffneten Zwischenfällen. Krisenprävention, neue Rüstungskontrollinitiativen und Abrüstung müssen mit dem Ziel verbunden werden, die aufsteigenden Mächte in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden.

#### *4.5. Die NATO und Abrüstung: Wie passt das zusammen? (Oliver Meier)*

Auf dem Gipfel in Lissabon am 19./20. November 2010 verpasste die NATO die Gelegenheit, ihre Rüstungspolitik an die neuen internationalen Gegebenheiten anzupassen. Die im neuen Strategischen Konzept festgeschriebene Nuklearwaffenpolitik bleibt unnötig konservativ. Dem Bündnis fehlen die Instrumente und auch die politische Einigkeit, bei der nuklearen und konventionellen Rüstungskontrolle oder bei der Nichtverbreitung politische Impulse zu setzen. Einen wirksamen Beitrag zur Stärkung von Abrüstung könnte die NATO durch die Begrenzung ihrer eigenen militärischen Fähigkeiten leisten. Die in Lissabon in die Wege geleitete Überprüfung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der Allianz, der neue Rüstungskontrollausschuss sowie ein verstärkter Dialog mit Russland böten für die NATO Gelegenheiten, die Voraussetzungen für weitere Abrüstungsschritte zu schaffen.

#### *4.6. Raketenabwehr in Europa: territorialer Schutz oder Hindernis für nukleare Abrüstung?(Christian Alwardt, Hans Christian Gils und Götz Neuneck)*

Mit dem Beschluss der NATO, die territoriale Verteidigung Europas gegen ballistische Raketen zukünftig als eine Kernaufgabe des Bündnisses anzusehen, rücken mögliche Konzepte einer europäischen Raketenabwehr zunehmend in den Fokus militärischer und politischer Debatten. Die Zustimmung der Bündnispartner zu diesem kollektiven Verteidigungsansatz ist sehr unterschiedlich motiviert. Technisch bleibt die Funktionsfähigkeit der vorhandenen US-Abwehrsysteme umstritten. Die Architektur der NATO-Raketenabwehr ist bislang ebenso ungewiss, wie die Kosten oder deren Auswirkungen auf die nukleare Abrüstung. Von großer Bedeutung wird sein, in welcher Form Russland in diese Pläne mit einbezogen werden kann und wie mögliche negative Auswirkungen auf andere rüstungskontrollpolitische Bemühungen begrenzt werden können. Der Aufsatz identifiziert einige Möglichkeiten zur Einbindung Russlands und zur Vermeidung unerwünschter Effekte auf die Rüstungskontrolle.

4.7. „Stell Dir vor keiner geht hin, und es ist trotzdem Krieg ...“ – Gefahren der Robotisierung der Streitkräfte (Niklas Schörnig)

Unbemannte „Kampfroboter“ erscheinen vielen Menschen noch als *science fiction*. Dabei ist die erste Generation solcher, zum Teil bewaffneter Systeme in den Armeen technologisch fortgeschrittener westlicher Staaten inzwischen Realität – ein zentraler militärischer Trend der letzten Jahre. Gerade für westliche Staaten liegen die Vorteile auf der Hand, denn diese Maschinen ersetzen Soldatinnen und Soldaten und ermöglichen so Missionen, die aufgrund zu hoher Risiken sonst nicht durchführbar wären. Gefahren dieser Robotisierung werden bei den aktuellen Rüstungsentscheidungen übersehen oder bewusst ignoriert: Neben einer möglichen enthemmenden Tendenz sind destabilisierende Entwicklungen oder asymmetrische Reaktionen denkbar. Besorgniserregend ist, dass sich diese Form konventioneller Rüstung praktisch jeder Rüstungskontrolle entzieht. Der Beitrag plädiert deshalb dafür, dass Deutschland bei der Beschaffung dieser Systeme Zurückhaltung übt und eine Vorreiterrolle bei der Etablierung von Rüstungskontrollregimen übernimmt.